

# «Kanti Linth» prüfen, bevor jene in Wattwil ausgebaut wird

Seit Jahren wünscht sich die Region eine eigene Kantonschule. Jetzt ist die Diskussion neu lanciert. Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet pochen gemeinsam darauf, dass der Kanton diese Möglichkeit prüft.

Von Roland Lieberherr

Die Mittelschüler im Linthgebiet sind nicht zu beneiden. Sie haben lange Schulwege, müssen nach Wattwil und Sargans in den Unterricht – oder teils gar in Nachbarkantone ausweichen. Denn das Linthgebiet ist die einzige Region im Kanton ohne eigene Kantonschule – das stösst auf Unverständnis. «Für die wirtschaftlich und steuerlich wichtige Region, mit dynamischer Bevölkerungsentwicklung und der zweitgrössten Stadt im Kanton, ist das eine unbefriedigende Situation», sagt CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter.



«Ziel ist, die Situation für die Kantschüler im Linthgebiet klar zu verbessern»

Yvonne Suter ist Kantonsrätin und Präsidentin der CVP Linth.

## Zahlen und Fakten auf den Tisch

Um diese zu verbessern, gehen die Kantonsparlamentarier aus der Regi-

on nun gemeinsam vor. Sie fordern mittels Interpellation, dass die Regierung die Möglichkeit eines allfälligen Kantonschul-Standorts im Linthgebiet detailliert prüfen soll.

Unterstützt wird der Vorstoss von sämtlichen Parteien. Konkret verlangen die Kantonsräte Zahlen und Fakten. Zum Beispiel über die Minimalgrösse einer Kantonschule oder darüber, wie viele Schüler aus dem Linthgebiet in Wattwil zur Schule gehen.

«Es braucht nun eine saubere Auslegeordnung», ergänzt Suter.

## Jetzt ist Zeit reif

Heisst: Die Kantonsräte fordern nicht per se eine Kanti für die Region. «Das ist noch völlig offen, darauf wollen wir uns nicht festlegen», betont SP-Kantonsrat Josef Kofler. Man wolle je nach Antworten der Regierung das weitere Vorgehen überdenken.

Viel wichtiger sei, dass gerade jetzt über die Kantonschullandschaft in der Region diskutiert werde. Denn die Kanti Wattwil muss dringend saniert werden. «Aber bevor dort in Tranchen hohe Millionenbeträge investiert werden, sollen verschiedene

Varianten geprüft werden», erläutert Barbara Keller-Inhelder. Man müsse aus verschiedenen Perspektiven prüfen, ob dieser Ausbau in Wattwil sinnvoll sei. «Das zu hinterfragen, darf kein Tabu mehr sein», so die SVP-Kantonsrätin. Denn der Kanton habe in Vergangenheit Unsummen in Fässer ohne Boden investiert.

## Kanti mit zwei Standorten?

Für CVP-Kantonsrat Peter Göldi ist es

sogar Pflicht, das Anliegen jetzt vorzubringen – wenn über neuen Unterrichtsraum in Wattwil diskutiert werde. «Die Abklärungen müssen gemacht werden, bevor dieser Ausbau konkret wird. Das ist nur fair.»

Und er fügt an: «Eigentlich müsste eine Kantonschule ja dort stehen, wo die Schüler sind.» Und es ist kein Geheimnis: Über 60 Prozent der Schüler an der Kantonschule Wattwil stammen aus dem Linthgebiet.

Also doch ein klares Votum für eine Schule in der Region? Nein, betonen die Kantonsräte unisono. Mehrere Lösungen seien für sie denkbar. Beispielsweise etwa eine Kanti Wattwil mit zusätzlichem Standort im Linthgebiet. «Das

wäre theoretisch möglich», so Göldi. Schliesslich funktioniere dies bei den Spitalverbunden auch.

Und Suter ergänzt: «Wir stellen den Standort Wattwil nicht grundsätzlich infrage – schliesslich ist diese Kanti auch 'unsere' Schule. Aber wir wollen für alle eine gute Lösung finden.»

## Toggenburger bangen um Wattwil

Für Bildungsdirektor Stefan Kölliker kommt der Vorstoss aus dem Linthgebiet nicht überraschend. «Das war zu erwarten, je näher die Sanierung der Kanti Wattwil rückt.» Doch seit letzter Woche ist klar: Die Regierung hat diese um Jahre zurückgestellt.



«Man muss detailliert prüfen, ob ein Ausbau der Kantonschule Wattwil sinnvoll ist»

Barbara Keller-Inhelder ist Kantonsrätin und Präsidentin der SVP See-Gaster.

Daher befürchten nun die Toggenburger Kantonsräte, die Kanti Wattwil könnte ins Linthgebiet verlegt werden. Und fordern ihrerseits den raschen Ausbau in Wattwil. Kölliker dazu: «Deshalb werden wir jetzt die beiden Vorstösse und geforderten Abklärungen aufeinander abstimmen – und sauber prüfen, wie es diesbezüglich weitergehen soll.»

## KOMMENTAR

### DER KANTONS RAT KORRIGIERT EIN ABSURDES GESETZ

Von Matthias Hobi

Der Kantonsrat erlaubt die Bedienung in Fumoirs wieder. Damit korrigiert er eine absurde Gesetzgebung und passt das Gesundheitsgesetz der Realität an. Bisher gab es in St. Galler Restaurants folgendes Bild: Die Serviertochter läuft bis vor das Fumoir. An der Tür übergibt sie die Getränke ihren Gästen. Erst dann darf sie mit leerem Tablett ins verrauchte Fumoir, um die leeren Gläser abzuräumen und die Tische abzuwischen.

Eine Situation, die an eine Komödie gemahnt und jedem Servicegedanken widerspricht. Daher wurde das Gesetz regelmässig übertreten – nicht nur im Schänner «Schwert». Rund 50 Mal pro Jahr ertappten die Gesundheitsinspektoren fehlbare Wirte. Dabei wurde nicht nur in Fumoirs bedient, sondern teilweise in Wirtschaften geraucht. In anderen Fällen standen die Türen zu Fumoirs offen, oder schlossen nicht richtig. Oder die Belüftung funktionierte schlecht.

Für die Wirte war die Situation ärglich. Vor allem, weil in den Nachbarkantonen weniger scharfe Gesetze galten. Diese kennen wie Zürich bediente Fumoirs. Oder erlauben wie Schwyz und Glarus gar Raucherrestaurants bis zu einer Fläche von 80 Quadratmetern. Mit dem Streichen des Artikels, der bediente Fumoirs verbietet und eine separate Belüftung verlangt, passt sich St. Gallen jetzt den Nachbarn an und entlastet die Wirte.

Der Gesundheitsschutz der Arbeitnehmer bleibt auch mit dem entschärften Gesetz gewährleistet. Kaum ein Wirt wird die teure separate Belüftung aus seinem Fumoir entfernen, nur weil dies nun erlaubt ist. Zudem hat der Rat gestern zwei Zusätze verabschiedet: Einerseits dürfen Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren kein Fumoir betreten. Andererseits darf in Fumoirs kein Ausschank in Form einer bedienten Bar entstehen. Dem Bürger ist damit auch gedient, sofern die Lungenliga das Referendum nicht ergreift.

mhobi@suedostschweiz.ch

## Schänner Ex-Wirtin erringt Sieg für Raucher

Für Silvia Bürgi ist gestern ein langer Kampf erfolgreich zu Ende gegangen. Der Kantonsrat hat die Bedienung in Fumoirs erlaubt. Der Entscheid geht auf den Widerstand der ehemaligen «Schwert»-Wirtin aus Schänis zurück.

Von Matthias Hobi

Schänis/St. Gallen. – Die Freude von Silvia Bürgi ist spürbar. Genussvoll zündet sie im Garten vor dem Schänner «Schwert» eine Zigarette an. Dann nimmt sie einen Schluck von ihrem Kaffee. «Einen Moment lang hatte ich Bammel, dass es doch nicht klappt», beginnt Bürgi zu erzählen. Sie hat die Debatte gestern vor Ort im Kantonsrat mitverfolgt.

Zuletzt stimmte der Kantonsrat mit 66 zu 44 Stimmen für die Bedienung in Raucherräumen der Restaurants. «Ich hätte die ganze Welt umarmen können», erzählt sie.

## 450 Franken für einen Kaffee

Die ehemalige «Schwert»-Wirtin ist die eigentliche Auslöserin dieser Gesetzesänderung, die jetzt weit über die Kantonsgrenzen hinaus Schlagzeilen macht.

Im Februar vor zwei Jahren brachte die Wirtin spätabends dem einzigen anwesenden Gast einen Kaffee ins Fumoir – und wurde prompt von einem Gesundheitsinspektor ertappt und gebüsst. Denn seit Juni 2010 war die Bedienung in St. Galler Fumoirs verboten. Der Kanton hatte damit eine der härtesten Regelungen der Schweiz.

Monatelang kämpfte die Schännerin gegen eine Busse. Sie wolle lieber ins Gefängnis, war ihre prägnanteste Aussage. Es nützte nichts, am Ende musste sie 450 Franken Busse berappen. «Ein teurer Kaffee», sagt sie.

Nach der gewonnenen Abstimmung im Kantonsrat fühle sie sich schon «ein bisschen grösser» und vor allem dem ehemaligen Kantonsrat Christopher Chandiramani (SVP, Rappers-



Glückliche Kämpferin: Silvia Bürgi erhält vom Kantonsrat Recht. Bild Marc Allemann

wil-Jona) zu Dank verpflichtet. Denn dieser hatte die Gesetzesänderung mit einer Motion ins Rollen gebracht. «Wir haben bewiesen, dass sich das

Wehren für eine Sache lohnt», sagt die Schännerin.

Bereits am Dienstag war sie in die St. Galler Pfalz gereist, weil sie bei der

Kantonsratsdebatte live dabei sein wollte. Doch das Geschäft wurde veragt. Auch gestern fieberte die Schännerin auf der Zuschauertribüne des Parlaments mit. «Dort wurde mir plötzlich bewusst, dass es um etwas geht, das ich angestossen habe», sagt Bürgi.

Gespannt verfolgte sie die Voten der Befürworter. Als dann aber Arzt Thomas Warzinek (CVP, Mels) zu seiner Kritik aus medizinischen Gründen ansetzte, befürchtete sie schon eine Niederlage. «Ich musste die Tribüne vor lauter Nervosität verlassen.»

Umso erleichtert sei sie gewesen, als Gastrounternehmer Linus Thalman (SVP, Kirchberg) und sein Fraktionskollege Patrick Dürr (Widnau) für ihr Anliegen Partei ergriffen. «Da wusste ich, es klappt.»

In ihrer Stimme schwingt Freude, aber auch ein bisschen Wehmut mit: «Jetzt wäre das Wirten wieder möglich», sagt sie. Auf dem Heimweg von St. Gallen habe sie darüber nachgedacht. Sie habe 15 Jahre lang gerne gewirtet, ist im «Schwert» aufgewachsen und hat dort selbst ihre Kinder grossgezogen. Vor zwei Jahren hat sie aus gesundheitlichen und finanziellen Gründen mit dem Wirten aufgehört.

## Freude für St. Galler Wirte

Obwohl sie immer noch im «Schwert» wohne, sei ihre Zeit als Wirtin vermutlich für immer vorbei. Denn Bürgi ist mittlerweile erfolgreich als Unternehmerin tätig und hält Privathaushalte in Schwung. «Ich mache schon so vielen Leuten den Haushalt, dass ich bereits eine Angestellte habe», sagt sie.

Sie freue sich im Moment vor allem für die anderen St. Galler Wirte: «Sie haben es nun einfacher, mit der Konkurrenz in den Nachbarkantonen mithalten.» Denn dort konnte auch bisher in Fumoirs bedient, oder gar in Restaurants geraucht werden. «Schön, dass der Rat ein unsinniges Gesetz der Realität angepasst hat.»

KOMMENTAR 5. SPALTE

## Der Kantonsrat hat am dritten Tag...

- dem Nachtrag zum Sozialhilfegesetz mit 74 zu 18 Stimmen zugestimmt,
- dem Nachtrag zum Suchtgesetz mit 78 zu 18 Stimmen zugestimmt,
- dem Nachtrag zur Pflegefinanzierung mit 99 zu 0 Stimmen zugestimmt,
- dem Nachtrag zum Gesetz zur Förderung des öffentlichen Verkehrs mit 99 zu 1 Stimmen zugestimmt,
- den Nachtrag zum Eisenbahngesetz mit 81 zu 21 Stimmen bejaht,
- das Konkordat über die Beiträge an die Höheren Fachschulen und den Bau der Kreisel in Wil genehmigt,
- die Umleitung von Geldern aus dem Strassenfonds in die allgemeine Staatskasse und den dazugehörigen Nachtrag im Strassenbauprogramm abgelehnt. (hob)